

Rächtzytig

INHALT

Vorsorgeausgleich – Abweichen vom Grundsatz der hälftigen Teilung durch Parteivereinbarung

— 1 —

Successions italo-suisse

— 2 —

FAMILIENRECHT

Vorsorgeausgleich – Abweichen vom Grundsatz der hälftigen Teilung durch Parteivereinbarung

Sarah Hachen, Rechtsanwältin / Notariatskandidatin

2017 traten die revidierten Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen zum Vorsorgeausgleich bei der Scheidung in Kraft. Seither besteht ein grösserer Gestaltungsspielraum der Parteien bei der Abweichung vom Grundsatz der hälftigen Teilung der Guthaben der beruflichen Vorsorge. Da in jedem Scheidungsverfahren der Vorsorgeausgleich geregelt werden muss, ist das Thema weiterhin relevant und soll im Rahmen des vorliegenden Beitrags beleuchtet werden.

Grundsätzliches zum Vorsorgeausgleich

Während der Ehe angesparte Guthaben der beruflichen Vorsorge (Pensionskassen- und Freizügigkeitsguthaben) werden bei der Scheidung ausgeglichen (sog. Vorsorgeausgleich, Art. 122 ZGB). Der Vorsorgeausgleich soll die vorsorgerechtlichen Nachteile aufgrund einer während der Ehe erfolgten Aufgabenteilung ausgleichen und dient der wirtschaftlichen Selbständigkeit jedes Ehegatten nach der Scheidung.¹ Dafür sieht das Gesetz im Grundsatz die hälftige Teilung der angesparten Guthaben der beruflichen Vorsorge vor (Art. 123 ZGB).

Seit 2017 regelt Art. 124b ZGB Ausnahmen von diesem Grundsatz. Eine Abweichung von der hälftigen Teilung kann entweder durch eine Vereinbarung der Ehegatten (Art. 124b Abs. 1 und 2 ZGB) oder durch ein Gerichtsurteil (Art. 124b Abs. 2 und 3 ZGB) erfolgen.

¹ BGE 128 V 41 E. 2.d.

Abweichen aufgrund angemessener Alters- und Invalidenvorsorge

Die Ehegatten können in der Scheidungsvereinbarung von der hälftigen Teilung abweichen oder auf den Vorsorgeausgleich verzichten,² wenn eine angemessene Alters- und Invalidenvorsorge gewährleistet bleibt (Art. 124b Abs. 1 ZGB).

Warum von der hälftigen Teilung abweichen?

Die Gründe für ein Abweichen sind mannigfaltig. Ein Verzicht kommt häufig bei kurzen Ehen in Frage, in denen wenig Vorsorgeguthaben angespart worden ist. Bei Doppelverdienerehen wird eine Teilung der Vorsorgeguthaben z.T. nicht als notwendig erachtet, da beidseitig eine genügende Vorsorge vorhanden ist. Weiter kann bei unterschiedlich hohen Vermögen der vermögendere Ehegatte (mit einem kleineren Vorsorgeguthaben) gewillt sein, dem anderen das Vorsorgeguthaben zu belassen.³

Was bedeutet «angemessene Vorsorge»?

Primär soll vermieden werden, dass ein Verzicht zu Lasten der öffentlichen Hand geht.⁴ Die Vorsorge der verzichtenden Partei muss daher in a) quantitativer (mengenmässiger) und b) qualitativer (wertmässiger) Hinsicht gewährleistet sein.⁵

a) Die angemessene Vorsorge muss nicht dem Betrag entsprechen, den die Partei ohne Verzicht zugute hätte.⁶ Sie beurteilt sich vielmehr anhand der Lebensumstände, mithin der persönlichen Verhältnisse (insbesondere Alter, aber auch die Nähe zum Rentenalter und die Ehedauer) und des konkreten Vorsorgebedarfs der verzichtenden Partei. Beispielsweise kann eine 40-jährige Person im Gegensatz zu einer 60-jährigen Person

tendenziell noch länger eine eigene Vorsorge aufbauen und so eher auf einen Ausgleich verzichten. Oder zieht eine Person dauerhaft in ein Land mit tiefen Lebenshaltungskosten, kann eher ein (teilweiser) Verzicht in Betracht gezogen werden.⁷ Gerichtliche Leitlinien zur konkreten Berechnung der angemessenen Vorsorge liegen jedoch – soweit ersichtlich – noch nicht vor.

b) Die vorhandenen Vermögenswerte müssen zudem die Alters- und Invalidenvorsorge der verzichtenden Partei in genügender Weise absichern.⁸ Freies Vermögen der verzichtenden Partei allein wird diesem Anspruch nicht gerecht, sondern es muss ein angemessener Ersatz für die berufliche Vorsorge vorliegen, wie z.B. eine gebundene dritte Säule, Wohneigentum oder eine Lebensversicherung.⁹

Ob eine angemessene Vorsorge der verzichtenden Partei vorliegt, lässt sich folglich nicht anhand von einfachen, allgemeinen Parametern bestimmen. Es handelt sich stets um eine Beurteilung im Einzelfall.

Überprüfung durch das Gericht

Die Parteivereinbarung über ein Abweichen von der hälftigen Teilung bedarf einer Genehmigung des Gerichts. Selbst wenn sich die Parteien einig sind, wird das Gericht bei der Scheidung überprüfen, ob bei einem Verzicht eine angemessene Vorsorge gewährleistet bleibt.

Abweichen aus wichtigen Gründen

Die Ehegatten können im Rahmen einer Scheidungsvereinbarung auch aus wichtigen Gründen auf den Vorsorgeausgleich verzichten oder von der hälftigen Teilung abweichen (vgl. Art. 124b Abs. 2 ZGB).¹⁰

² Die Person, welche (teilw.) verzichtet oder den grösseren Teil abgibt, wird als verzichtende Partei bezeichnet.

³ vgl. WISMER, FamPra 2021, S. 341 ff.

⁴ vgl. BGer 5D_148/2017 E.4.1.; BBL 2013 4916.

⁵ WISMER, FamPra 2021, S. 347; vgl. HOCHSTEIN, Die Ausnahme vom hälftigen Vorsorgeausgleich, 230 ff.

⁶ HAUSHEER/GEISER/AEBI-MÜLLER, Das Familienrecht des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, 2018, N. 10.60a.

⁷ vgl. HOCHSTEIN, N. 260 ff. (Fn 5); FamKomm-JUNGO/GRÜTTER, ZGB 124b N. 6.

⁸ HOCHSTEIN, N. 310 (Fn 5).

⁹ vgl. FamKomm-JUNGO/GRÜTTER, ZGB 124b N 7; Wismer, FamPra 2021, S. 347.

¹⁰ HOCHSTEIN N. 363 f. (Fn 5).

Was sind «wichtige Gründe»?

Wichtige Gründe liegen u.a. vor, bei:

- Unbilligkeit der hälftigen Teilung aufgrund der güterrechtlichen Auseinandersetzung und wirtschaftlichen Verhältnisse nach der Scheidung, z.B. wenn die Ehefrau die Ausbildung des Ehemannes finanziert hat und der Ehemann nun die erlernte Erwerbstätigkeit aufnimmt.
- Unbilligkeit der hälftigen Teilung der Vorsorgebedürfnisse, z.B. aufgrund eines sehr grossen Altersunterschieds.
- gewissen Umständen und Verhalten, z.B. bei Begehen einer schweren Straftat.¹¹

Ob sich die Ehegatten auf einen wichtigen Grund stützen können, muss anhand des konkreten Falles abgeklärt werden.

Überprüfung durch das Gericht

Bei wichtigen Gründen kann ein Verzicht erfolgen, auch wenn keine angemessene Vorsorge gewährleistet ist. Das Gericht prüft in einem solchen Fall, ob wichtige Gründe vorliegen.¹²

Abweichen von hälftiger Teilung vor der Scheidung?

Im Gesetz ist lediglich festgehalten, dass die Parteien in einer Scheidungsvereinbarung von der hälftigen Teilung der beruflichen Vorsorge abweichen können. Ob ein Abweichen schon vor der Scheidung, z.B. in einer sog. «Scheidungsvereinbarung auf Vorrat» erfolgen kann, hat das Bundesgericht seit der Gesetzesrevision im Jahr 2017 nicht entschieden und wird von der Lehre unterschiedlich beurteilt.¹³

Sollte ein Gericht eine Vorausvereinbarung als zulässig erachten, wird das Gericht wie dargelegt prüfen, ob die

Voraussetzungen von Art. 124b ZGB im Zeitpunkt der Scheidung vorliegen.¹⁴

Fazit

Art. 124b ZGB eröffnet den Ehegatten eine gewisse Flexibilität beim Abweichen von der hälftigen Teilung der beruflichen Vorsorge – unter der Voraussetzung, dass eine angemessene Vorsorge der Parteien gewährleistet bleibt, oder bei Vorliegen von wichtigen Gründen. Ob eine «angemessene Vorsorge» oder «wichtige Gründe» (voraussichtlich) vorhanden sind, lässt sich erst im konkreten Fall beurteilen.

Haben Sie Fragen?

Gerne steht Ihnen das Team von Häusermann + Partner bei eherechtlichen Angelegenheiten mit seiner Erfahrung beratend und forensisch zur Seite.

www.haeusermann.ch

¹¹ vgl. FamKomm-JUNGO/GRÜTTER, ZGB 124b N 14 ff.; WISMER, FamPra 2021, S. 354 ff.

¹² FamKomm-JUNGO/GRÜTTER, ZGB 124b N. 8.

¹³ Vgl. GUILLOD, Vorsorgeausgleich im internationalen Kontext, BJM 2023, S. 278 ff.

¹⁴ JUNGO/GROB, Arbeitskreis Vorsorgeausgleich, FamPra.ch Nr. 28, 2023, S. 201.

DROIT DES SUCCESIONS

Successions italo-suisse

David Frosio, avocat et notaire

L'émigration italienne et la libre circulation des personnes ont conduit à l'arrivée de nombreux Italiennes et Italiens en Suisse. Inversement, beaucoup de Suisses se sont également établis au pays de Dante. Que se passe-t-il à leur décès ? Quelle autorité est compétente et quel droit est applicable à leur succession ?

Convention bilatérale entre les deux pays

Une convention bilatérale – dite Convention d'établissement et consulaire entre la Suisse et l'Italie conclue le 22 juillet 1868 – a été signée entre les deux pays. Elle prévoit en particulier que les litiges successoraux entre les héritiers d'un citoyen helvète ou italien domicilié dans l'autre pays seront en principe portés devant son juge national, à son dernier domicile. En d'autres termes, au décès d'un citoyen helvète en Italie, les litiges successoraux seront portés en principe devant un juge suisse, au dernier domicile du défunt. Inversement, au décès d'un citoyen transalpin en Suisse, les litiges successoraux seront en principe portés devant un juge italien, au dernier domicile du défunt.

A noter que ces principes ne sont probablement pas applicables aux binationaux et souffrent d'exception notamment en présence d'immeubles sis à l'étranger.

Il convient également de préciser que le champ d'application matériel de la convention n'englobe ni les litiges liés à la liquidation du régime matrimonial ni ceux relevant du traitement formel de la succession telles que les mesures conservatoires, liées à l'ouverture de la succession ou liées à la liquidation. Ainsi, un inventaire successoral peut être ordonné et établi en Suisse quand bien

même la compétence pour traiter des litiges successoraux reviendraient au juge italien. En d'autres termes, il est malheureusement tout à fait possible que certains aspects de la succession ressortent de la compétence des autorités italiennes et d'autres des autorités suisses.

Compétence et droit applicable

S'agissant de la compétence de traiter des litiges successoraux, les héritiers peuvent renoncer d'un commun accord au for judiciaire prévu par la Convention précitée et convenir d'une élection de for.

S'agissant du droit applicable, un citoyen italien domicilié en Suisse peut en principe procéder à une élection de droit en faveur du droit suisse. Il en va en principe de même pour un citoyen suisse domicilié en Italie.

En principe, la compétence et le droit applicable coïncident. Ainsi, si une autorité suisse devait être compétente, elle appliquerait en principe le droit suisse. Inversement, si une autorité italienne devait être compétente, elle appliquerait son propre droit national. Ce principe a toutefois son lot d'exceptions.

Le droit applicable joue un rôle considérable dans la mesure où il détermine entre autres qui sont les héritiers et les parts réservataires de chacun d'entre eux. Or, ces règles varient d'un pays à l'autre. Ainsi, à titre d'exemple prenons la succession d'un couple marié duquel sont issus deux enfants communs :

En droit suisse, en l'absence de dispositions pour cause de mort, le conjoint survivant reçoit $\frac{1}{2}$ de la succession et chacun enfant $\frac{1}{4}$ de celle-ci.

En droit italien, en l'absence de dispositions pour cause de mort, le conjoint survivant reçoit $\frac{1}{3}$ de la succession et chacun enfant $\frac{1}{3}$ de celle-ci.

Fiscalité

A ce jour, il n'existe aucune convention visant à éviter les doubles impositions dans le domaine des impôts sur

les successions (et les donations) entre l'Italie et la Suisse. En cas de biens se trouvant de part et d'autre des Alpes, il convient de se renseigner en temps utile afin de prendre les mesures nécessaires pour limiter la double imposition.

Vous avez des questions par rapport à votre planification successorale transfrontalière et avez besoin de conseils sur les questions juridiques qui y sont liées ? N'hésitez pas à nous contacter. Häusermann + Partner, en tant qu'interlocuteur compétent pour les questions juridiques, peut vous apporter un soutien professionnel et pratique :

www.haeusermann.ch

Erbschaften IT-CH

Am 22. Juli 1868 haben die Schweiz und Italien ein bilaterales Abkommen, den sog. **Niederlassungs- und Konsularvertrag**, verabschiedet, gemäss welchem folgendes gilt: Stirbt ein Schweizer Bürger in Italien, werden Erbstreitigkeiten grundsätzlich vor einem Schweizer Richter am letzten Wohnsitz des Erblassers in der Schweiz verhandelt. Umgekehrt werden erbrechtliche Streitigkeiten beim Tod eines italienischen Staatsbürgers in der Schweiz grundsätzlich vor einem italienischen Richter am letzten Wohnsitz des Verstorbenen in Italien verhandelt. Allerdings sind diese Grundsätze wahrscheinlich nicht auf Doppelbürger anwendbar. Des Weiteren gelten sie nur in Ausnahmefällen, insbesondere bei Grundstücken im Ausland.

Gerichtsstand und anwendbares Recht

Hinsichtlich der Zuständigkeit für Erbschaftsstreitigkeiten können die Erben einvernehmlich auf den im Übereinkommen vorgesehenen Gerichtsstand verzichten und eine Gerichtsstandsvereinbarung schliessen.

Was das anwendbare Recht betrifft, so kann ein italienischer Staatsbürger mit Wohnsitz in der Schweiz grundsätzlich eine Rechtswahl zugunsten des Schweizer Rechts vornehmen. Dasselbe gilt im Prinzip für einen Schweizer Bürger mit Wohnsitz in Italien.

Steuerrecht

Bisher gibt es zwischen Italien und der Schweiz kein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung im Bereich der Erbschafts- (und Schenkungs-) Steuern.

Im Falle von Vermögen, das sich auf beiden Seiten der Alpen befindet, sollten Sie sich rechtzeitig informieren, um die Doppelbesteuerung zu vermeiden.

Haben Sie Fragen zur grenzüberschreitenden Nachlassplanung und benötigen bei den damit verbundenen rechtlichen Fragestellungen Beratung? Kontaktieren Sie uns. Häusermann + Partner kann Sie als kompetente Ansprechpartnerin in rechtlichen Fragen wie gewohnt fachkundig und praxisorientiert unterstützen.